



Kirchheim, den 11. Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Bader,
sehr geehrter erster Bürgermeister Riemer, sehr geehrte Bürgermeisterin Kullen,
sehr geehrte Damen und Herren im Publikum,
sehr geehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen,

bei der vierten Haushaltsrede der heutigen Generaldebatte wird es so langsam kritisch mit der Konzentration, so dass ich – wie in den vergangenen Jahren auch – die uns wichtigen Themen mit einer Präsentation untermale. Dabei zielt das Titelbild selbstverständlich der Ratssaal, denn in diesem üben wir gerade unser Königsrecht aus: das Aufstellen des nächsten Doppelhaushalts.

Normalerweise müsste das Kornhaus auf der Titelfolie zu sehen sein, denn gemäß Gemeinderatsbeschluss wird der nächste Ratssaal in dessen Dachgeschoss untergebracht. Leider mussten wir in dem von Ihnen vorgelegten Haushaltsplan feststellen, dass die Sanierung des Kornhauses komplett herausgenommen wurde.

Wir beantragen die Wieder-Aufnahme des Kornhauses gemäß den bisher getroffenen Gemeinderatsbeschlüssen. Und sollten wir zu viele Großprojekte haben, die wir nicht parallel realisieren können dann müssen alle Projekte hinsichtlich der zeitlichen Realisierung auf den Prüfstand, auch das Verwaltungsgebäude M1+3. Hierzu haben wir einen weiteren Antrag gestellt.

Zur Vorbereitung der diesjährigen Haushaltsrede haben sich für mich zwei Dinge als Wesentlich herausgestellt:

1. Wir hatten für den letzten Doppelhaushalt sehr viele Anträge formuliert. Es wird Sie sicherlich freuen, wenn ich jetzt schon ankündige: Auch wenn viele davon noch immer nicht umgesetzt sind – dieses Jahr sind es weniger!
2. In Ihren Erläuterungen zum Doppelhaushalt 2024/25 haben Sie eine derart schlechte Lage gezeichnet und dann auch in Zahlen abgebildet, die nach heutigem Stand so nicht eintreffen werden! Für uns kann das vorgelegte Zahlenwerk jedenfalls nicht der abschließende Haushaltsplan der Stadt Kirchheim sein, es stellt für uns ein Vorbericht für die nun anstehenden Haushaltsberatungen dar. Frau Zagst, Sie haben zum Ende Ihrer Ausführungen gesagt, dass sie „...eine gesunde Mischung aus Optimismus und Realismus...“ gefunden hätten. Da muss ich wirklich sagen, ich hoffe für uns alle, dass Sie uns nie einen Haushalt vorlegen, der von Ihrem Pessimismus geleitet ist!

Jedenfalls ist bei derart schlechten Zahlen wieder mein treuer Weggefährte Marvin, der depressive Roboter, an meiner Seite, der uns nun per Anhalter durch den Doppelhaushalt 24/25 begleiten wird.

Stellungnahme und Anträge zum Doppelhaushalt 2024/25

Zunächst einmal steht die Erkenntnis, dass wir trotz einer unsicheren weltpolitischen Lage mit Kriegen in der Ukraine und Terrorakten in Israel, mit Flüchtlingskrise, die direkt Auswirkungen auch auf uns haben (hier möchte ich vor allem die Unterbringung von geflüchteten Menschen und die Inflation anmerken), mit einer Energiekrise, die die Kosten für Strom und Wärme in die Höhe treibt, mit dem Klimawandel, der unsere zukünftigen Investitionen verteuern wird,

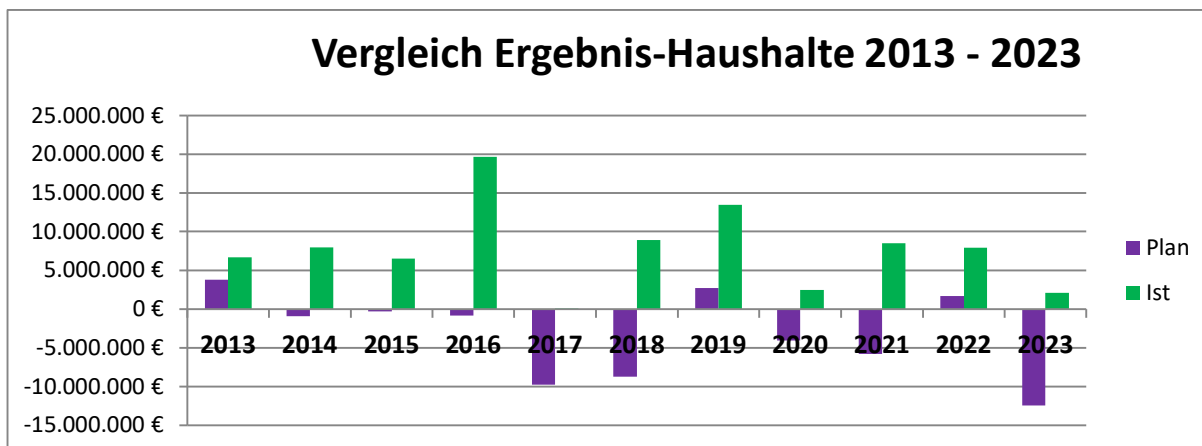
mit enorm steigenden Aufgaben und Ausgaben konfrontiert sind, deren Finanzierung in den nächsten Jahren eine große Herausforderung darstellen wird.

Ergebnis-Haushalt

Dabei sollen wir nicht nur eine schwarze Null im Ergebnis-Haushalt erwirtschaften, sondern es sollen gar positive Ergebnisse sein, um notwendige Investitionen ohne Kreditaufnahme bezahlen zu können.

Das erscheint unter den aktuell gegebenen politischen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine Kommune schlichtweg unmöglich, wie auch ein Blick auf die prognostizierten Ergebnis-Haushalte der kommenden Jahre zeigt:

Sie gehen im Planungszeitraum 2024 bis 2028 von deutlich negativen Ergebnis-Haushalten aus, die in Summe ein Minus von 33,8 Millionen Euro ergeben. Nun ist uns diese konservative Prognose nicht ganz unbekannt:



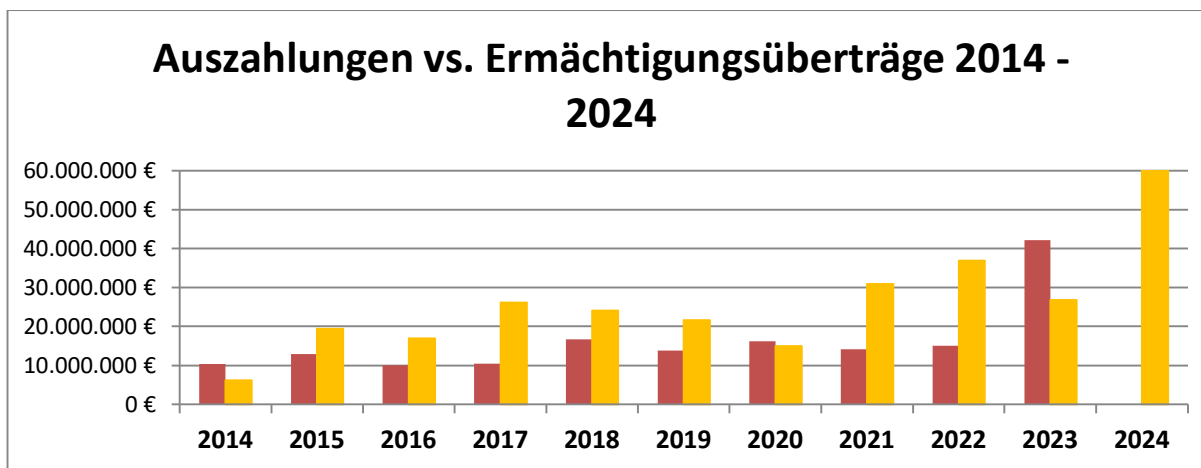
Seit Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts war der Gemeinderat bis auf wenige Ausnahmen mit defizitären Ergebnis-Haushalten konfrontiert, die – trafen sie wie prognostiziert ein – ein Defizit von Minus 68,3 Millionen Euro ergäben hätten.

Wie heißt es aber so schön: In Wirklichkeit ist die Realität ganz anders“

Die Ergebnis-Haushalte der letzten 11 Jahre verbesserten sich um 118,8 Millionen Euro hin zu positiv erzielten Ergebnissen. Das sind im Durchschnitt 10 Millionen Euro Differenz in jedem Haushaltsjahr zwischen Plan und Ist. Ich bitte Sie um Verständnis, dass wir auch für die kommenden beiden Jahre Ihren Prognosen nicht folgen und mit wesentlich besseren Ergebnis-Haushalten rechnen!

Finanz-Haushalt

Auch beim Blick auf den Finanz-Haushalt sind die vorgelegten Zahlen für Investitionstätigkeit absolut unverständlich: Sieht man auf die Investitionstätigkeiten in den letzten 10 Jahren, so ist die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung auf unter 20 Millionen Euro pro Jahr gedeckelt – mehr geht einfach nicht! Dass Sie nun Investitionen prognostizieren, die mehr als doppelt so hoch sind wie leistbar – dem können wir so nicht zustimmen! Denn diese Investitionsplanung hat Konsequenzen:



Die eine Konsequenz ist uns schon wohl bekannt: Die Ermächtigungsüberträge – also zur Verfügung gestelltes Geld, das nicht im vorgesehenen Haushaltsjahr verarbeitet werden kann – haben Werte erreicht, die höher sind als das, was wir in einem Jahr abarbeiten können. Aber Sie treiben das ganze für das kommende Jahr auf die Spitze: die Verpflichtungsermächtigungen erreichen gemäß Ihrem Entwurf eine absurde Höhe von 61,7 Millionen Euro.

Dadurch, dass Sie keine Priorisierung bzw. sinnvolle Eintaktung der Projekte in die kommenden Jahre vorgenommen haben, gibt es nun aber noch eine zweite Konsequenz, die wir so noch nicht kennen: wir sollen Kredite aufnehmen in einem Maße, dass die aktuell schuldenfreie Stadt Kirchheim binnen den nächsten 2 Jahren Schulden in Höhe von 73 Millionen Euro anhäuft.

Haushalts-Strukturkommission

Für uns ist daher die Aufgabe in den nächsten Wochen klar: Zur Analyse des Ergebnis-Haushalts beantragen wir die Einberufung einer Haushalts-Struktur-Kommission.

Im Finanz-Haushalt müssen wir eine realistische Einplanung der Großprojekte vornehmen. So werden wir Kredite von 16 Millionen Euro in diesem Jahr (das haben Sie bereits bestätigt, dass diese nicht benötigt werden) und von 23 Millionen Euro im nächsten Jahr nicht abrufen müssen. Auch die 37 Millionen Euro im Jahr 2025 erscheinen uns in dieser Höhe beim Blick auf die Leistbarkeit der Stadt nicht in dieser Höhe notwendig!

Der Effekt einer realistischen Einplanung: die prognostizierten über 2 Millionen Euro an Zinsen entfallen in den nächsten Jahren, was zu einer erheblichen Entlastung des Ergebnis-Haushalts führt!

Stellungnahme und Anträge zum Doppelhaushalt 2024/25

Und das dürfen auch die Bürgerinnen und Bürger spüren: Die SPD-Fraktion beantragt, dass wir keine Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer vornehmen, weil dies in den nächsten beiden Jahren nicht notwendig sein wird! Wenn wir die Stadt als Gesamtes mit ihren Bürgerinnen und Bürgern verstehen, dann muss es dem Gemeinderat ein Anliegen sein, in Zeiten von Unsicherheit und Inflation die Menschen nicht mit zusätzlich erhöhten Steuern zu belasten.

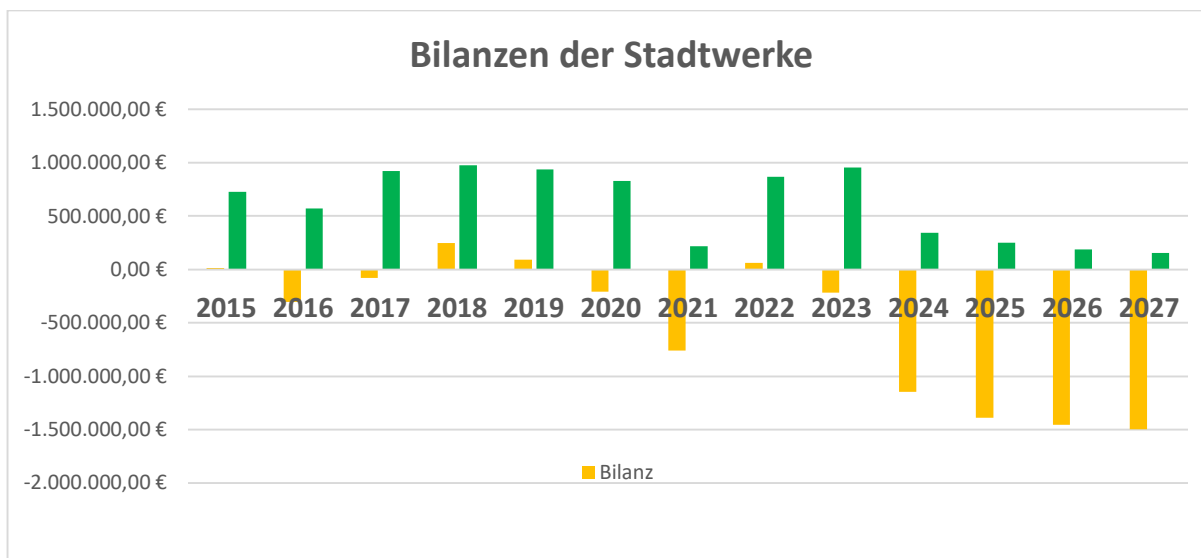
So bleibt auch in diesem Jahr die Erkenntnis, wie es Sie, Herr Oberbürgermeister, bereits sagten: „Im Plan steht’s immer schlimmer als es kommt!“

Stadtwerke Kirchheim

Wir möchten die diesjährigen Haushaltsberatungen nutzen und auch einen tieferen Blick auf den Wirtschaftsplan der Stadtwerke werfen. Hier haben wir seit einigen Jahren bereits den Gemeinderatsbeschluss, dass die Stadtwerke einen steuerlichen Querverbund bilden sollen – was bisher noch nicht umgesetzt ist. Schauen wir uns die Betriebszweige an so stellen wir fest, dass wir zwei profitable Sparten haben, nämlich die Wasserversorgung und die Beteiligungen. Hier sieht man in den Planungen zwar auch einen prognostizierten Rückgang der Gewinne, aber sie bleiben profitabel! Bei den Parkierungen sehen wir durchgehend ein Defizit von ca. 160.000,- Euro jährlich. Hier sollten wir unserer Meinung nach durch geeignete Maßnahmen auf eine ausgeglichene Bilanz kommen.

Was uns aber geradezu ärgert, ist das Mauerblümchen-Dasein, das der Betriebszweig Strom und Wärme fristet. Neben den prognostizierten negativen Ergebnissen fragen wir uns: wo ist denn das Strom-Label der Kirchheimer Stadtwerke? Wann geht es endlich los mit dem steuerlichen Querverbund?

Die Frage bleibt deshalb so drängend, weil in den nächsten Jahren – schon ohne neues Hallenbad – laut Wirtschaftsplan der Verlust im Betriebszweig Bäder auf über 1,6 Millionen Euro jährlich ansteigen soll.



Stellungnahme und Anträge zum Doppelhaushalt 2024/25

Wirft man einen Blick auf die Gesamtbilanz der Stadtwerke, ist das bisher kein Problem, da die Stadt Kirchheim den Abmangel des Bäderbetriebs zu 100% ausgleicht und somit bisher jedes Jahr ein positives ordentliches Gesamtergebnis zu Buche steht.

In Zeiten knapper werdender Mittel beantragen wir, dass ab sofort, bis zur Herstellung des steuerlichen Querverbands, die Stadt ausschließlich einen Verlustausgleich bei den Stadtwerken in der Höhe vornimmt, dass das jährliche Gesamtergebnis ausgeglichen ist.

Wir haben in diesem Jahr in einem gemeinsamen Workshop die Strategie der Stadtwerke für die nächsten Jahre geschärft. Dabei muss klar sein: die bisher übertragenen Aufgaben, insbesondere im Bereich der Versorgungsnetze der „Energie Kirchheim“ und beim Etablieren von integrierten Stadtwerken in einem steuerlichen Querverbund, dürfen nicht darunter leiden, dass ein weiteres Aufgabenfeld den Stadtwerken übertragen wird, welches in den nächsten Jahren eine überragende Bedeutung erlangen wird: Wir reden von der Umsetzung des kommunalen Wärmeplans.

Kommunaler Wärmeplan

Basierend auf der Verpflichtung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg, dass alle großen Kommunen eine kommunale Wärmeplanung als strategisches Planungsinstrument erstellen müssen, wurde in den vergangenen beiden Jahren ein Wärmeplan auch für Kirchheim erstellt.

Dabei wurde die Kernstadt inklusive der Teilorte in 154 Cluster eingeteilt und analysiert, mit welcher Methode ein Umstieg auf klimaneutrale Energieversorgung erfolgen kann, *„...um die Wärmewende sowohl schneller als auch effizienter voranzutreiben.“*

Die notwendige Schnelligkeit und Effizienz kann man an den sogenannten Zielfotos sehen, die bereits im Jahr 2030 eine Reduktion des Wärmebedarfs um 19% im Vergleich zu 2020 vorsieht. Im Jahr 2040 soll dann die Wärmeversorgung komplett klimaneutral sein, was nur dann erreicht werden kann, wenn 34% des Wärmebedarfs eingespart werden.

Wahrlich ambitionierte Ziele – und wo stehen wir im Jahr 2027 nach den Plänen der Stadtwerke? Neben einem Stromnetzcheck erstellen wir Machbarkeitsstudien für Wärmenetze auf dem Schafhof, in Nabern, in der Innenstadt und im Gewerbegebiet zwischen Steingau- und Hegelstraße. Dann sind es noch 3 Jahre bis zum ersten Zielfoto...

Wir sehen die große Gefahr, dass wir die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg der kommunalen Wärmeplanung nicht rechtzeitig mitnehmen und somit keine bezahlbare Umstellung auf erneuerbare Energien gelingt. Hier müssen wir deutlich engagierter werden und dürfen weder die Stadtwerke noch die Bürgerinnen und Bürger überfordern!

Städtischer Eigenbetrieb Wohnbau Kirchheim

Der gleiche Satz – mit anderen Aufgaben versehen – trifft auch auf den städtischen Eigenbetrieb Wohnbau zu: vor zwei Jahren hat der Gemeinderat die Gründung des Eigenbetriebs beschlossen mit dem Ziel, dass schneller und effizienter dringend benötigter Wohnraum entsteht. Wenn man aber auf die Grundstücke schaut, auf denen neue Gebäude errichtet werden sollen, so sieht man noch immer Brachflächen.

Neben der noch nicht in Gang gekommenen Bautätigkeiten ist unsere größte Sorge die finanzielle Ausstattung des Eigenbetriebs Wohnbau im Zusammenhang mit dem Übergang der städtischen Wohnungen zum 01.01.2024. Auch wenn wir wissen, dass viele städtische Wohnungen in einem sanierungsbedürftigen Zustand sind, möchten wir eines noch einmal ganz klar unterstreichen: Die Stadt Kirchheim muss mehr Wohnraum schaffen!

Dabei möchten wir ein Projekt nochmals hervorheben, das im aktuellen Wirtschaftsplan keinen Eingang gefunden hat und das gemäß den Ausführungen zum Wirtschaftsplan durch externe Projektträger realisiert werden soll: hier sagen wir ganz deutlich: die Wohnbebauung Güterbahnhof Ötlingen ist ein städtisches Projekt für ein nachhaltiges Quartier und für bezahlbaren Wohnraum und muss in den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wohnbau Kirchheim mit aufgenommen werden.

Flüchtlingskrise

Die nächsten Monate werden wieder geprägt sein von dem zunehmenden Druck, geflüchtete Menschen unterzubringen. Auch hier ist die Bereitstellung von Wohnraum die vordergründig drängendste Aufgabe, die ebenfalls in der Verantwortung des städtischen Eigenbetriebs Wohnbau fällt.

Aber das Integrationsmanagement geht weit über die Schaffung von Wohnraum hinaus. Und hier sehen wir – nicht erst seit den Landtagswahlen vom vergangenen Sonntag – eine abnehmende Akzeptanz für die im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgaben außerordentlich Kapazität und Kosten verschlingenden Aufgaben, die von den Kommunen zu leisten ist, und wir sehen eine Überforderung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit.

Aktuell übertreffen die Zahlen der Zuflucht suchenden Menschen die der Jahre 2015/16, so dass auch die vorläufige Unterbringung uns wieder in Nöte bringt. Auch wenn die vorläufige Unterbringung Aufgabe des Landkreises ist, dürfen wir nicht vergessen: auch diese Menschen wohnen in unserer Stadt!

Deshalb muss die Verwaltung mit dem Landkreis in Verhandlungen gehen und eine realistischere Anrechnung der Flüchtlingszahlen erreichen. Bei unserem Info-Stand in der Fußgängerzone vor 2 Wochen konnten wir klar hören: die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet – wir haben als Gemeinderat die Pflicht, darauf richtige Antworten zu finden und zu erklären, was wir tun müssen, wohl wissen, dass die Weichen hierfür in Bund und Land gestellt werden. In jedem Fall müssen wir uns wieder intensiver mit den Auswirkungen der Flüchtlingskrise beschäftigen!

Katastrophenschutz: Starkregen- und Hochwassergefahrenmanagement

Kommen wir von der Krise zur Katastrophe, genauer gesagt zum Katastrophenschutz. Wir alle kennen noch die verheerenden Auswirkungen der Starkregenereignisse von 2018 und 2021, die in Kirchheim große Schäden angerichtet haben.

Wir haben uns mittlerweile gewappnet: Dank der Erstellung von Starkregen- und Hochwassergefahrenkarten können nun kritische Orte im Stadtgebiet identifiziert werden, die bei außergewöhnlichen Starkregenereignissen bzw. bei Hochwasser gefährdet sind.

Dabei wurden Maßnahmen identifiziert, die das Ausmaß der Zerstörungen lindern können. Dies muss ab sofort konsequent in die städtischen Planungen mit einbezogen werden, die Information der Bevölkerung muss nachhaltiger erfolgen als bisher nur dann sind wir besser vorbereitet auf außergewöhnliche Naturereignisse, oder wie im letzten Winter auf eine drohende Gasmangellage oder gar Stromknappheit. Auch hier haben wir nicht zuletzt aus den Bildern im Ahrtal gelernt: wir müssen den Bevölkerungsschutz intensivieren!

Bildung: Kindergartenbedarf und -entwicklung

Intensivieren ist auch das richtige Stichwort für den nächsten Themenkomplex: wir kommen zum Handlungsfeld Bildung und hier zunächst zum Bedarf an Kita-Plätzen. Auch wenn man auf dem großen Foto den Fortschritt des Bildungshauses Nabern schön sehen kann, bleibt zu konstatieren: wir kommen zu langsam voran in der Schaffung neuer Kita-Plätze!

Wir fragen uns, wie sinnvoll es im vergangenen Jahr war, einen Nachtragshaushalt zu verabschieden, in dem wir so ziemlich alle verfügbaren Mittel in den Bau von Kindertageseinrichtungen zogen – und Stand heute ist bei den Großprojekten so gut wie nichts Sichtbares passiert. Dafür haben wir in unserem Haushalt für 2023 einen großen Scherbenhaufen hinterlassen, der auch mit diesem Haushaltsvorentwurf nicht bereinigt ist! Neben den bereitgestellten 14 Millionen Euro sind mehr als 40 Vollzeit-Äquivalent-Stellen an Erzieherinnen geplant – wer fragt, warum die Investitions- und Personalkosten der Stadt derart in die Höhe schießen: dies ist eine der Antworten darauf.

Wir haben in diesem Jahr gemerkt, dass die Zusammenarbeit mit den Freien Trägern verbessert werden muss, denn nur gemeinsam werden wir das Problem der fehlenden Kita-Plätze – und das sind über 200 – lösen!

Auch beim Blick auf die jährlichen Kosten eines Kita-Platzes von 10.000,- Euro bleiben wir bei unserer Überzeugung: Kindergartenzeit ist Bildungszeit und hier investieren wir in die Ausbildung unserer nachfolgenden Generationen – und sollte dies nicht ganz ohne Schulden gehen: die Investitionen in Bildung tragen auch zur Generationengerechtigkeit bei!



Bildung: Schulbedarf und -entwicklung

Und wir müssen bei den Schulen weitermachen: das nächste bereits beschlossene Großprojekt ist die Sanierung des Ludwig-Uhland Gymnasiums. 20 Millionen Euro kostet die Sanierung der Bauteile C+D.

Betrachtet man die bisherige Leistungsfähigkeit des städtischen Haushalts, muss man klar sagen: Die Summen, die die Stadt für Neubau, Erweiterungen, Sanierung und Instandhaltung der Bildungseinrichtungen aufbringen muss, lassen eigentlich keinen weiteren Spielraum mehr für irgendwelche andersgearteten Projekte. Auch das ist eine Erkenntnis aus den bisherigen Beratungen zu den Investitionsprojekten der Stadt.

Aber Bildung ist uns nicht nur teuer, sondern wertvoll, so dass wir auch an anderen Schulen sanieren, erneuern, erweitern – ebenfalls mit Summen im Millionenbereich wie z.B. im Schloßgymnasium. Bei den Grundschulen in Nabern und im Freihof steht die nächste von Extern an die Stadt übertragene Aufgabe an, die enorm viel Geld in Anspruch nehmen wird: das Recht auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen ab 2026 wird den Raum- und den Personalbedarf steigern. Hier fehlt uns noch die Übersicht der notwendigen Maßnahmen pro Schulstandort, die wir hiermit von der Stadt einfordern.

Bohnau Süd

Die Reise „per Anhalter durch den Haushalt“ führt uns nun in das Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeit. Wir haben es bei dem Bürgerentscheid in Dettingen gesehen: Die Ansiedlung neuer Unternehmen stößt auf wenig Gegenliebe – aus dem Gewerbeentwicklungskonzept haben wir den Nachweis, dass der Bedarf an Gewerbeflächen in Kirchheim mit 40 ha sehr groß ist. Wollen wir die Aufgaben, die die Kommune für die Bürgerschaft zu leisten hat, nicht senken, müssen wir uns weitere Einnahmequellen sichern. Die Ansiedlung neuer Unternehmen ist hierbei ein probates Mittel.

Doch beim Gewerbegebiet Bohnau Süd liegen die Tücken im Detail, genauer gesagt im noch fehlenden Verkehrskonzept und damit einhergehend mit einer drohenden Überbelastung von Jesinger und Tannenbergsstraße.

Aufgrund der Größe und der zu erwartenden positiven Gesamtbilanz des Projekts beantragen wir – analog zum einst beschlossenen Vorgehen im Steingau-Areal – das Projekt Bohnau Süd aus den Betrachtungen des Kern-Haushalts zu entnehmen und als eigenständigen Wirtschaftsplan zu behandeln.

Brücken und Straßen

Im vergangenen OB-Wahlkampf gab es von einem Kandidaten den Spruch „Mobilitätswende in Kirchheim bedeutet, dass man an gesperrten Straßen nicht weiterkommt und wenden muss um weiterfahren zu können“. Das von uns seit Jahren eingeforderte Straßeninstandhaltungskonzept liegt seit diesem Jahr endlich vor und zeigt ein deutliches Bild: viele Straßen sind in einem sehr schlechten Zustand, allein zur Behebung von Schäden der schwersten Kategorie müssten 5 Millionen Euro aufgebracht werden. Leider haben es lediglich 2,5 Millionen in die Haushaltsplanungen bis ins Jahr 2028 geschafft – unserer Meinung nach viel zu wenig, denn wir bauen auch hier einen Sanierungsstau auf, unter dem die Bürgerinnen und Bürger leiden. Es bedarf im Haushalt größerer Mittel für die Instandsetzung unserer Infrastruktur!

Diese Mittel sollen natürlich nicht nur dem PKW-Verkehr zu Gute kommen, sondern sind für alle Mobilitätsarten einzusetzen. Auch im Bereich der Mobilität gibt es in Kirchheim noch viel zu tun: angefangen von sicheren Radwegen, über Barrierefreiheit für Fußgänger bis hin zur Lösung des Parkdrucks in Wohnvierteln. Von unserem Mobilitätsbeauftragten erwarten wir, dass die Beachtung der Mobilitätsbedürfnisse aller zeitnah angegangen werden.

Stadtticket

Besonders enttäuscht hat uns die Herausnahme des Zuschusses für das Kirchheimer Stadtticket ab dem Jahr 2025 – ohne dies vorab mit dem Gemeinderat zu besprechen. Deshalb beantragen wir, dass das Erfolgsmodell „Stadtticket“ weitergeführt wird, bis es eine ernsthafte Alternative gibt.

Zusammenhalt der Gesellschaft

Bei all den bis hierher beschriebenen Aufgaben der Stadt habe ich eine Sache bis zum Schluss aufgehoben – nämlich die Aufgaben bzw. die Arbeit, die der Stadt von Vereinen und Organisationen abgenommen wird. Im städtischen Haushalt ist bei der Bezuschussung von ehrenamtlicher Vereinsarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen an vielen Stellen von den sogenannten Freiwilligkeitsleistungen zu lesen. Und das stimmt ja auch: die Arbeit, die von Ehrenamtlichen geleistet wird, ist freiwillig.

Dagegen widersprechen wir entschieden der Philosophie, dass die finanzielle Unterstützung der Vereine durch die Stadt eine Freiwilligkeitsleistung ist. Ganz im Gegenteil: die Stadt könnte die vielfältige Vereinsarbeit und damit den Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft in keinsten Weise aufrechterhalten, wenn es die ehrenamtlich engagierten Menschen in dieser Stadt nicht gäbe.



Aufgrund der aktuellen Diskussionen zur zentralen Antragsstellung möchten wir unsere Unterstützung besonders dem Kreisdiakonieverband zum Betreiben der „Guten Stube“ am Gaiserplatz, der Musikschule, vhs und FBS und dem Mehrgenerationenhaus Linde aussprechen.

Aber natürlich geht an dieser Stelle unser großer Dank an alle Engagierten - ob in den so wichtigen Blaulicht-Organisationen, über die Flüchtlingsarbeit bis hin zu der traditionellen Vereinsarbeit in Kultur und Sport: Sie machen unsere Stadt lebens- und liebenswerter! Ganz herzlichen Dank dafür!

Sportentwicklung: Der Geist der Kanzelwandhaustagung

Mit dem Stadtverband für Leibesübungen hat hierbei der vereinsorganisierte Sport eine Dachorganisation, die am vergangenen Wochenende zusammen mit der Stadtverwaltung ihre traditionelle Klausurtagung in Riezlern im Kleinwalsertal abhielt. Spannende sportpolitisch richtungsweisende Themen wurden andiskutiert – leider fast ohne Mitwirkung der Gemeinderatsfraktionen.

Wir wollen an dieser Stelle bekräftigen, dass auch in Zeiten der Haushaltsdisziplin die Kultur- und Sportentwicklungsplanung in Kirchheim weitergeführt werden muss.

Einige Leuchtturmprojekte werden bzw. wurden gerade realisiert wie z.B. Laufbahn und Rasenspielfeld im Stadion oder die Freilufthalle in Jesingen. Wir haben aber auch vor allem in den Sporthallen einen enormen Aufholbedarf an Sanierungen, der angegangen werden muss, damit die Sportstätten optimal genutzt werden können. Der Bedarf an weiteren Trainingsmöglichkeiten ist jedenfalls durch die Sportentwicklungsplanung bewiesen – ein Neubau einer weiteren Sporthalle, egal in welcher Größe, ist sowohl für den Schulunterricht, als auch für die Sport treibenden Vereine notwendig!

Hallenbad

Natürlich darf der Hinweis auf ein neues Kirchheimer Hallenbad in einer SPD-Haushaltsrede nicht fehlen. Die sogenannte Bädergruppe machte eine Exkursion zu einem dem Kirchheimer Bedarf nahekommenden Hallenbad in Geretsried. Die Eindrücke bestätigten der Gruppe, dass in Kirchheim ein Hallenbad mit einem interkommunalen Ansatz für Schulen, Familien, für Jung und Alt gebaut werden muss. Das Ziel der SPD-Fraktion ist noch immer die Eröffnung des neuen Kirchheimer Hallenbads vor 2030. Wenn wir uns richtig erinnern, war das auch ein Versprechen aus dem letzten OB-Wahlkampf – Versprechen sollten gehalten werden!



Strategische Ziele der Stadt – Handlungsfelder

Die SPD-Fraktion hat noch viele weitere Vorstellungen und Ideen, wie sich die Kirchheimer Stadtgesellschaft in den nächsten Jahren weiterentwickeln soll bzw. wird. Leider ist die zur Verfügung stehende Zeit in einer Haushaltsrede viel zu kurz dafür. Die Themen fallen aber nicht unter den Tisch: wir werden die uns wichtigen Punkte in den nächsten Gemeinderatssitzungen mit einbringen und den Themen die notwendige Aufmerksamkeit schenken, die sie verdienen.

Einwohnerbeteiligung

Damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen, die ich in der Hoffnung schließe, dass die Entscheidungen, die wir in den nächsten Wochen für den Doppel-Haushalt 2024/25 treffen, auch von den Kirchheimer Bürgerinnen und Bürgern angenommen werden.

In derart unsicheren Zeiten ist das Aufstellen eines Doppel-Haushalts womöglich wie der Blick in die Glaskugel. Mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen im kommenden Jahr erhoffen wir uns eine rege Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich zum Wohle der Stadt engagieren.

Auch wenn es noch ein Stück bis dahin ist, möchte ich mich zum Abschluss

- bei Ihnen, liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen
- und bei Ihnen, verehrte Mitarbeitende der Stadtverwaltung

für die immer konstruktive und wertschätzende Arbeit hier im Gremium bedanken – nicht zuletzt für die Aufmerksamkeit während meiner Haushaltsrede.

Vielen Dank!

Marc Eisenmann

- für die SPD-Gemeinderatsfraktion -

Anträge der SPD-Fraktion für den Doppel-Haushalt 2024/25

1. Anträge zur Haushaltsaufstellung

Antrag 1.1:

Wir beantragen die Einberufung einer Haushaltsstrukturkommission mit jeweils zwei Vertreter*innen der Gemeinderatsfraktionen, je einer/m Vertreter*in der Gruppierungen und notwendige Personen der Stadtverwaltung. Aufgabe: Analyse des Ergebnis-Haushalts mit dem Ziel zur Identifizierung von Optimierungspotentialen.

Antrag 1.2:

Wir beantragen eine detaillierte Auflistung der externen Sach- und Dienstleistungen, bei denen es sich um Beratungsleistungen bzw. Ausführung von Arbeiten geht, die die Stadtverwaltung nicht selbst leisten kann.

Antrag 1.3:

Wir beantragen die Nicht-Erhöhung der Grundsteuer A und Grundsteuer B und somit den Verbleib der Hebesätze bei der Grundsteuer A bei 310 v.H. und bei der Grundsteuer B bei 395 v.H.
Die Mindereinnahmen sollen durch Antrag 3.2 kompensiert werden.

Antrag 1.4:

Wir beantragen die Nicht-Erhöhung der Gewerbesteuer und somit den Verbleib des Hebesatzes bei 380 v.H.
Die Mindereinnahmen sollen durch eine realistische Darstellung der aufzunehmenden Kredite inklusive der damit einhergehenden verringerten Zinszahlungen kompensiert werden.

Antrag 1.5:

Wir beantragen die Einstellung der Mittel für das Stadtticket auch in den Jahren 2025ff.

2. Weiterentwicklung der strategischen Haushaltssteuerung

Im Doppelhaushalt 2022/23 hat die SPD-Fraktion umfassende Anträge zu den Handlungsfeldern der strategischen Ausrichtung der Stadt gestellt, da es in den vergangenen Jahren keine Steuerungsberichte mehr gegeben hat, so dass eine Weiterentwicklung der strategischen Ziele nicht möglich war.
Die Neuausrichtung der Strategie der Stadt mit neu zugeschnittenen Handlungsfeldern ist im Jahr 2023 erfolgt, es fehlt nun noch die Zuweisung der Projekte und Maßnahmen, weshalb wir zum Doppelhaushalt 2024/25 keine Haushaltsanträge zu den Handlungsfeldern zum jetzigen Zeitpunkt stellen werden. Wir behalten uns jedoch vor, die Anträge unterjährig zu stellen, sollten die Ziele der Anträge zum Doppelhaushalt 2023/24 nicht in die Handlungsfelder mit aufgenommen werden.

Antrag 2.1:

Wir beantragen, dass zu den im Jahr 2023 ausgearbeiteten strategischen Zielen und Leistungszielen der neu zugeschnittenen Handlungsfelder die korrespondierenden Projekte und Maßnahmen zugeordnet werden. Die Vorlage soll zur ersten Sitzungsrunde im Jahr 2024 dem Gemeinderat vorgelegt werden. Sollte dies nicht in allen Handlungsfeldern möglich sein, soll bis zur ersten Sitzungsrunde für alle Handlungsfelder aufgezeigt werden, wann diese für die strategische Haushaltssteuerung relevante Vorarbeit abgeschlossen ist.

Anträge der SPD-Fraktion für den Doppel-Haushalt 2024/25

3. Anträge zur strategischen Ausrichtung der Stadtwerke

Antrag 3.1:

Wir beantragen, dass alle Arbeiten unverzüglich aufgenommen werden, damit die Stadtwerke gemäß Gemeinderatsbeschluss einen steuerlichen Querverbund bilden. Die Stadtwerke sollen den Zeitplan dazu in der ersten Sitzungsrunde im Jahr 2024 dem Gemeinderat vorlegen.

Antrag 3.2:

So lange die Stadtwerke keinen steuerlichen Querverbund darstellen, beantragen wir eine Reduktion des Verlustausgleichs des Bäderbetriebs durch die Stadt ausschließlich in der Höhe, dass das jährliche Gesamtergebnis der Stadtwerke mit allen Betriebszweigen ausgeglichen ist. Dieser neue Verlustausgleich soll bereits mit dem Jahresergebnis 2021 beginnen.

Antrag 3.3

Aufnahme weiterer Maßnahmen aus dem kommunalen Wärmeplan, die über reine Planungsaktivitäten hinausgehen werden, in den Investitionsplan der Stadtwerke. Dieser Antrag erfolgt in der Überzeugung, dass ausschließliche Planungsarbeiten bis 2028 nicht dazu führen werden, dass eine klimaneutrale Wärmeplanung bis 2040 erreicht würde.

Antrag 3.4:

Aufnahme des Neubaus eines Hallenbads in den Investitionsplan der Stadtwerke ab dem Jahr 2024. Eine Verankerung des Projekts ist ein Signal, dass es sich bei den aktuellen Arbeiten nicht nur um reine Symbolpolitik handelt.

4. Anträge zum städtischen Eigenbetrieb Wohnbau Kirchheim

Antrag 4.1:

Wir beantragen, dass der Übergang des städtischen Wohnungsbestands in den städtischen Eigenbetrieb Wohnbau derart erfolgt, dass der städtische Eigenbetrieb für interne Verrechnungen keine externen Kredite aufnehmen muss. Der Übergang darf ausschließlich intern verrechnet werden.

Antrag 4.2:

Wir beantragen die übersichtliche Darstellung des Wohnungsbestands des städtischen Eigenbetriebs Wohnbau ab 01.01.2024. Fokus soll dabei auf den Gebäudezustand und die benötigten Sanierungskosten gelegt werden.

Antrag 4.3:

Wir beantragen die übersichtliche Darstellung des prognostizierten Wohnungsbedarfs der Stadt Kirchheim unter Teck zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und zur Unterbringung von geflüchteten Menschen.

Anträge der SPD-Fraktion für den Doppel-Haushalt 2024/25

5. Anträge zum Finanz-Haushalt

Antrag 5.1:

Wir beantragen die Aufnahme des Kornhauses in den Haushaltsplan gemäß den getroffenen Gemeinderatsbeschlüssen.

Antrag 5.2:

Aufgrund der fehlenden Vorarbeiten hinsichtlich der grundlegenden Machbarkeit des geplanten Gewerbegebiets Bohnau Süd – Stichwort Verkehrskonzept (südliche Erschließung über Brücke über die A8, Zunahme der Verkehrsbelastung in der Jesinger und Tannenbergestr.) – beantragen wir eine zeitliche Verschiebung des Projekts auf den Zeitpunkt, ab dem eine realistische Umsetzung des Gewerbegebiets in Aussicht steht. Prüfung der alternativen Möglichkeit der Bereitstellung eines verkleinerten Areals (z.B. Grundstücke mit ausschließlicher Erschließung über die Tannenbergestr.).

Antrag 5.3:

Analog zu den Planungen des Steingauquartiers vor einigen Jahren: Aufgrund der zu erwartenden positiven Gesamtbilanz beim Projekt Bohnau Süd, jedoch mit zeitlichem Verzug der erwarteten Einnahmen gegenüber den erwarteten Ausgaben, beantragen wir, das Projekt Bohnau Süd aus ausschließlich nachrichtlich im städtischen Haushalt zu belassen und in Absprache mit dem Regierungspräsidium Stuttgart als eigenständigen Wirtschaftsplan zu behandeln.

Antrag 5.4:

Verwaltungsgebäude M1+3: Aufgrund der zeitlichen Verschiebung des Projekts und der bereits für 2023 eingestellten und nicht benötigten Investitionssumme (6.69 Mio. €) beantragen wir - in Absprache mit dem Generalübernehmer - die realistische Anpassung bzw. Verschiebung der zur Verfügung gestellten Mittel:

- In 2024 Reduzierung auf den benötigten Deltabetrag (kleiner 6,5 Mio. €), die zu den Mitteln aus 2023 (6.69 Mio. €) benötigt werden
- Verschiebung der in den Folgejahren nicht wie im HH-Plan dargestellten abfließenden Mittel in die Jahre 2025 (stehen nochmals 6,5 Mio. € zur Verfügung) und ggfs. 2026.

Anträge der SPD-Fraktion für den Doppel-Haushalt 2024/25

6. Berichtsanhträge

Antrag 6.1:

Ausblick auf die verbindliche Ganztagesbetreuung an Grundschulen: Wir beantragen eine Auflistung der notwendigen Maßnahmen (Investitionen und Personal) an jedem Grundschulstandort.

Antrag 6.2:

Durch den Fokus auf das neue Gewerbegebiet Bohnau Süd wird aktuell zu wenig Augenmerk auf die Situation, genauer gesagt auf den Leerstand bzw. die Öffnungszeiten sowohl von Handel als auch von Gastronomie, in der Innenstadt gelegt. Wir beantragen eine umfassende Aufarbeitung des Leerstands und wie diesem begegnet werden kann. Dabei sind die Besitzer, Gastronomen und Einzelhändler mit einzubinden.

Antrag 6.3:

Basierend auf dem Straßeninstandhaltungskonzept beantragen wir analog dem Brückeninstandhaltungsplan Zeitplan aller notwendigen Sanierungsmaßnahmen in den kommenden Jahren (über den Finanzzeitraum hinaus).

Antrag 6.4:

Hinsichtlich der Unterbringung geflüchteter Menschen in der vorläufigen Unterbringung durch den Landkreis Esslingen beantragen wir, dass die Verwaltung Gespräche mit dem Landkreis aufnimmt mit dem Ziel, eine realistischere Anrechnung (Zielwert > 0,5) von Menschen in der vorläufigen Unterbringung zu erhalten.